



Das Gespräch zwischen Arzt und Patient ist nicht immer erhellend, viele bemängeln die Beratung und fühlen sich nicht genügend aufgeklärt.

CHRISTOPH RUCKSTUHL

Bürger fühlen sich von Ärzten schlecht beraten

Studie zur Gesundheitskompetenz deckt regionale Unterschiede auf

(sda)/ni. Die Mehrheit der Schweizer fühlt sich laut einer Studie des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich von ihren Ärzten ungenügend beraten. Besonders Tessiner beklagen sich über mangelnde Information. Die repräsentative Befragung von 1250 Einwohnern wurde bereits vergangenes Jahr durchgeführt, und erste Resultate wurden im September vorgestellt; damals wurde das Thema Gesundheitskompetenz, bei dem es um Fragen und Bedingungen geht, wie Bürger ihre Verantwortung für die eigene Gesundheit besser wahrnehmen können, öffentlich lanciert. Bei der erneuten Präsentation der Studie am Donnerstag in Bern standen Fragen zu regionalen Unterschieden bei der Gesundheitskompetenz im Vordergrund.

Demnach gaben nur 29 Prozent der 300 befragten Tessiner an, der Arzt erkläre ihnen ausreichend und verständlich die Vor- und Nachteile einer Therapie. In der Deutschschweiz (650 Befragte) seien immerhin 45 Prozent und in der Romandie 43 Prozent mit der Kommunikation mit ihrem Arzt zufrieden, sagte der Studienleiter Jen Wang vor den Medien. Besonders stark sei die Unzufriedenheit über die fehlende Auswahl bei der Behandlungsform. Im Tessin sagten nur gerade 12 Prozent der Befragten, ihr Arzt biete ihnen unterschiedliche Therapiemöglichkeiten

an. In der Romandie waren es 21 Prozent, in der Deutschschweiz 28 Prozent.

An der anschliessenden Podiumsdiskussion kündigte Nationalrätin Bea Heim (sp., Solothurn) noch für die laufende Session eine überparteiliche Motion an, welche die Förderung der Gesundheitskompetenz gesetzlich verankern soll. Der Zürcher FDP-Nationalrat und Leiter des Zürcher Instituts für Sozial- und Präventivmedizin Felix Gutzwiller forderte ein Rahmengesetz, das Ziele in der Gesundheitsprävention formuliert. Laut Ilona Kickbusch von der Universität Genf müssen besonders benachteiligte Bevölkerungsschichten in ihrer Gesundheitskompetenz gefördert werden. Die Akteure im Gesundheitssystem müssten sich dessen bewusst sein, betonte sie, dass 20 Prozent der Bevölkerung bei Entscheidungen zur Gesundheit inkompetent seien.

Franziska Troesch-Schnyder, Präsidentin des Konsumentenforums, forderte schliesslich verständlichere Informationen für Patienten. Risiken berge namentlich der Umstand, dass immer mehr Personen Antworten auf Gesundheitsfragen im Internet suchten. Sie plädierte für die Zertifizierung von vertrauenswürdigen und informativen Websites. Damit soll den Bürgern auch die Unterscheidung zwischen unabhängiger Information und Werbung erleichtert werden.

Abschaffung der «Altersstrafe» in der 2. Säule

Neue Reformpläne im Parlament – wenn nötig gegen den Bundesrat

Der Bundesrat muss sich wieder mit einer Forderung befassen, die er eben erst als undurchführbar bezeichnet und abgelehnt hat: altersunabhängige BVG-Beiträge. Nationalräte von fünf Parteien sind überzeugt, dass sich die «Altersstrafe» beseitigen lässt.

sig. Eine Umstellung auf einen altersunabhängigen Einheitssatz in der zweiten Säule koste mehrere Milliarden und werde nicht zu einer deutlichen Besserstellung der älteren Arbeitskräfte führen, schrieb der Bundesrat im letzten August in einem Bericht. Damit waren die Postulate aus den Reihen der CVP und der Liberalen beantwortet. Die Sache schien erledigt.

Nichts tun ist den Sozialpolitikern im Parlament aber zu wenig. Thérèse Meyer (cvp., Freiburg) und Serge Beck (lib., Waadt) reichten im Nationalrat zwei neue Vorstösse ein. Sie streben keinen sofortigen und umfassenden Systemwechsel an, sondern eine Zwischen- bzw. eine Übergangslösung. Unterzeichnet wurden die Vorstösse von mehreren Dutzend Ratsmitgliedern aus SVP, FDP, LPS, CVP und SP und insbesondere von fast allen BVG-Spezialisten im Parlament. Die überparteiliche Aktion mitten im Wahlkampf deutet darauf hin, dass der Bundesrat den Einheitssatz letztes Jahr etwas zu rasch für unmöglich erklärt hat. Anders sind die Unterschriften von Hans Kaufmann (svp.) und Stéphane Rossini (sp.) oder Philipp Müller (fdp.) und Chiara Simoneschi-Cortesi (cvp.) unter dem gleichen parlamentarischen Vorstoss fast nicht erklärbar.

Im heutigen System steigen die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Laufe des Erwerbslebens von 7 Prozent in mehreren Stufen bis auf 18 Prozent an. Bei der Einführung des BVG 1985 konnte die ältere Generation dadurch in kurzer Zeit relativ viel Kapital aufbauen. Heute verteuert die Abstufung aber die älteren Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt. Die sofortige Einführung eines Einheitssatzes hätte indes zur Folge, dass die mittlere Generation das Rentenziel nicht erreichen würde, weil sie bis zur Pensionierung weniger Altersgutschriften erhalte als ursprünglich vorgesehen. Der Staat müsste während Jahren mit Milliardenbeiträgen müssigen, um diese Lücken zu decken.

Die Motion von Thérèse Meyer schlägt vor, die Abstufung der Arbeitnehmerbeiträge beizubehalten, für die Arbeitgeberbeiträge aber einen altersunabhängigen Einheitssatz einzuführen. Dadurch würde gewissermassen die Hälfte des Problems gelöst, ohne dem Staat Mehrkosten aufzubürden. Unternehmen mit einer gemischten Belegschaft würden unter dem Strich gleich viel zahlen, während Arbeitgeber mit jungem Personal höhere Lohnnebenkosten hätten und jene mit einer älteren Belegschaft profitieren würden.

Serge Beck will «das ganze Problem lösen, aber nicht auf einen Schlag, sondern innerhalb von rund 20 Jahren». Seine parlamentarische Initiative sieht die schrittweise Einführung eines Einheitssatzes vor, bis die «Eintrittsgeneration» im Ruhestand ist, die beim Inkrafttreten des BVG 1985 über 25 Jahre alt war und auf höhere Altersgutschriften angewiesen ist. Die Ansätze von Beck und Meyer sind kombinierbar. Die Antwort des Bundesrats steht noch aus.

Kommission stellt sich hinter Post-Agenturen

Stellungnahme zu Verzicht auf Postbüros

Bern, 7. Juni. (ap) Die Kommission Poststellen hat erstmals die Schliessung von Poststellen geprüft und dabei die Pläne der Post gutgeheissen. Die Entscheide der Post erfüllen nach Ansicht der Kommission die gesetzlichen Kriterien. Demnach kann die Post in Pany (Gemeinde Luzein) und in Feldis ihre Poststellen durch Agenturen in Volgläden ersetzen. Die Kommission weist darauf hin, die Post habe sich in beiden Fällen für Agenturen entschieden, obwohl auch die Einführung des betriebswirtschaftlich günstigeren Haus-Services oder gar eine ersatzlose Schliessung der Poststelle möglich gewesen wäre. Damit sei die Post auch dem Wunsch der Gemeinden nach einer weiteren physischen Präsenz vor Ort nachgekommen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Volgladen werde zudem die lokale Infrastruktur gestärkt. Die unabhängige Kommission Poststellen wurde vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation eingesetzt. Weiterer Bericht Seite 55

Mit Koalitionen die Konkordanz retten

Geringes Echo auf das FDP-Angebot für punktuelle Allianzen

Es fehlt der Konkordanz in einer Phase der Polarisierung an gemeinsamen politischen Überzeugungen zwischen den Regierungsparteien. Die FDP will dies transparent machen und hat bilaterale Parteiabsprachen offeriert – die bürgerliche Konkurrenz bleibt skeptisch.

se. Vor Monatsfrist hat FDP-Präsident Fulvio Pelli die anderen Regierungsparteien unter dem Motto «Verbindlichere Konkordanz» schriftlich zu bilateralen Koalitionsgesprächen eingeladen. Die Resonanz blieb bescheiden, einzig die SP signalisierte Dialogbereitschaft. Erste Gespräche zwischen FDP und SP haben mittlerweile stattgefunden, es wurden Gemeinsamkeiten bei Bildung, Kindertagesstätten, Integration, Armee und Individualbesteuerung sondiert.

Die guten Erfahrungen der SP

Er selber habe vor drei Jahren Parteiengespräche vorgeschlagen, sagt SP-Präsident Hans-Jürg Fehr, nur habe damals niemand reagiert. Er habe nun herausfinden wollen, wie ernst es Pelli mit seiner Aktion sei, deshalb habe er umgehend eigene konkrete Projekt-Angebote formuliert. Die SP habe mit solch pragmatischen Absprachen schon gute Erfahrungen gemacht, mit der FDP etwa bei der Mutterschaftsversicherung, mit der CVP bei Kinderzulagen oder Kinder-Krankenkassenprämien und mit beiden Parteien bei den Bilateralen. «Es ist für uns schwierig genug, Mehrheiten zu finden», sagt Fehr, «mir geht es um die Sache.»

Genau hier setzt SVP-Präsident Ueli Maurer mit seiner Kritik am Vorgehen der FDP an, das für ihn einer «PR-Aktion» gleichkommt. Die FDP habe offenbar festgestellt, dass die Polarisierung weitergehe, sagt Maurer, und dass es Wähler gebe, die nicht gerne streiten. Also biete sie sich diesen als Brückenbauer an, als Partei der «Vernünftigen in der Mitte». Er habe Pelli Gesprächsbereitschaft signalisiert, sagt Maurer, aber nicht via Medien: «Solche Absprachen müssen hinter den Kulissen stattfinden», erklärt er, «auch müsste man die Bundesräte einbinden.» Die SVP sei interessiert an einem engeren Kontakt mit der FDP. Also sei man auch bereit zu inhaltlichen Ge-

sprächen – aber erst nach den Wahlen und möglichst unter Einbezug der Bundesräte.

Auf die Frage, warum er selber in Zürich als Ständeratskandidat bereits vor den Wahlen inhaltliche Absprachen mit FDP-Kandidat Felix Gutzwiller unterzeichnet habe, sagt Maurer: «Bei der Ständeratskandidatur geht es nicht um die Partei, sondern um meine Person.» Er sei zudem nicht von seinen Überzeugungen abgewichen: «Die Plattform umfasst inhaltliche Punkte, in denen Gutzwiller und ich übereinstimmen; es ist kein Programm, sondern eine Auslegeordnung.»

«Nufenenpass-Gespräche» der Mitte?

Es sind gerade diese Allianzen zwischen FDP und SVP, über die sich die CVP ärgert. «Wir verweigern das Gespräch mit der FDP nicht», sagt CVP-Präsident Christophe Darbellay, die FDP sei traditionell eine Verbündete der CVP in der Bundespolitik. Nun aber wolle sie sich einerseits als lösungsorientierte Partei verkaufen, gehe aber gleichzeitig Allianzen mit der Polpartei SVP ein: «Die FDP betreibt eine «politique à la carte», sagt Darbellay, «ihre Vorstellungen von Konkordanz sind mit wenig Inhalt verbunden.» Es sei zudem nicht sinnvoll, die Parteiengespräche bilateral zu führen, meint er: «Es braucht für die Umsetzung konkreter Projekte drei Verbündete, Zweier-Allianzen bringen uns nicht weiter.» Die Praxis habe denn auch längst aufgezeigt, welche zwei Allianzen in Frage kämen: Die eine bezeichnet Darbellay als «alliance bilaterale» (FDP, CVP und SP gegen SVP etwa in der Aussenpolitik), die andere vereint in der Wirtschafts- und Finanzpolitik SVP, FDP und CVP gegen Linksgrün.

Es wäre gemäss Darbellay lohnender, wenn ein Gremium «konstruktiver Leute aus allen Regierungsparteien» gebildet würde, welches über die «wirklich wichtigen Themen» diskutieren könnte, etwa über Europa, die Migration, die veränderte Altersstruktur oder über Bildung und Forschung. Es gehe der CVP also nicht um Gesprächsverweigerung, wiederholt der Walliser, ganz im Gegenteil: Gerne lade er den Tessiner Pelli im Juli zu einem «Gespräch in hoffentlich konstruktivem Geist» ein – zum Beispiel auf den Nufenenpass, der das Wallis mit dem Tessin verbindet – oder von diesem trennt, wie man will.

Auf ein Wort

«Zusammenarbeit ist gut»

Was sich Fulvio Pelli von bilateralen Parteiengesprächen verspricht

Herr Pelli, wie steht es mittlerweile um die von Ihnen angeregten bilateralen Parteiengespräche?

Fulvio Pelli: Wir haben nach einer positiven Antwort mit der SP erste Diskussionen geführt, die CVP hat uns als unglaubwürdig kritisiert und das Gespräch substantiell verweigert. Und die SVP will erst nach den Wahlen mit uns reden; wir prüfen hier nun, ob zumindest Vorbereitungen für Gespräche nach den Wahlen möglich sind.

Keine «Einmischung»

Ihre Reaktion auf die Wahlvereinbarung, die Ueli Maurer als Zürcher Ständeratskandidat mit dem FDP-Kandidaten Felix Gutzwiller getroffen hat, wurde von der Zürcher FDP-Präsidentin Doris Fiala heftig kritisiert, warum?

Ich habe das nicht verstanden. Die Strategie von Ueli Maurer ist etwas widersprüchlich, darauf habe ich hingewiesen. Immerhin geht es bei den Kandidaten um den Präsidenten der SVP Schweiz und den Fraktionschef der FDP Schweiz – es geht also auch um Bundespolitik, und meine Äusserungen waren keine Einmischung. Grundsätzlich bin ich aber froh um die Vereinbarung in Zürich.

Was versprechen Sie sich eigentlich von Koalitionsgesprächen noch vor den Wahlen?

In der Schweiz hat man bisher vor Wahlen nie etwas programmatisch vereinbart. Mit der Polarisierung werden inhaltliche Vereinbarungen aber notwendig. Die Bürger hören vor den Wahlen viele Versprechen, doch die Parteien können diese alleine gar nicht umsetzen; das führt zu Misstrauen. Die Parteien sollten vor den Wahlen also nicht nur sagen, was sie wollen, sondern auch, mit wem sie ihre Ziele umsetzen können.

Bei Koalitionsverhandlungen geht es üblicherweise um die Regierungszusammensetzung, steht diese zur Disposition?

Nein, wir gehen davon aus, dass sich die Regierungszusammensetzung 2007 nicht ändern wird.

Trotzdem: Müsste man nicht die Bundesräte einbeziehen, um verbindliche Projekte zu entwerfen?

Das wäre problematisch. Würden wir die Bundesräte einbeziehen, würden diese zu Instrumenten der Parteien, damit habe ich Mühe.

Es gibt keinen Fraktionszwang, würden sich die Räte überhaupt an die Vereinbarungen halten?

Sicher, es gibt immer noch das Parlament. Zumindest aber wären konkretere Vorstellungen formuliert, bevor die Debatten beginnen. Es geht um ein System der Beeinflussung der künftigen Arbeit von Parlament und Regierung.



Fulvio Pelli

«Es geht um eine Rettungsaktion für die Konkordanz.»

Letztlich wären für verlässliche Versprechen Absprachen von drei Parteien nötig; finden die Regierungsparteien keine gemeinsame Sprache mehr?

Sie sehen selber, was jeweils bei den Wattenwyl-Gesprächen herauskommt, da werden nur Positionen markiert. Oder das Beispiel des «eckigen Tisches» zur Invalidenversicherung: Zuerst hat man sich scheinbar gefunden, und nun stehen wir doch vor einer Referendumsabstimmung.

«Es geht nicht um Profilierung»

Die ausgleichende Kraft in der polarisierten Konkordanz, ist dies das Profil der «neuen» FDP?

Es geht hier nicht um Profilierung, es geht um die Sache. Wir haben klare Positionen festgelegt, jetzt suchen wir Allianzen – so funktioniert die Konkordanz bei Bund und Kantonen. Es geht um eine Rettungsaktion für die Konkordanz.

Als die SVP 2003 mit ihrem Ultimatum «Blocher in den Bundesrat oder SVP in die Opposition» antrat, hat die FDP rasch zugestimmt. Was es ein Fehler, dass man inhaltlich bedingungslos einwilligte?

Der Fall zeigt gerade, wie problematisch es ist, erst nach den Wahlen Vereinbarungen zu suchen, die Zeit ist dann knapp. Wir haben 2003 eine Chance gesehen, unsere Politik besser umzusetzen – es ist kein Zufall, dass die SP nicht mehr so zufrieden mit der Politik des Bundesrats ist.

Umso irritierender dürfte es für Ihre Wähler sein, wenn zum Schluss bloss die SP mit Ihnen spricht.

Damit habe ich kein Problem. Die SP ist eine von vier Regierungsparteien, und es handelt sich um konkrete Projekte. Aber ich merke: Die grossen Strategen verstehen unsere Übung nicht, die normalen Bürger verstehen sie gut.

Was verstehen denn die normalen Bürger?

Zusammenarbeit ist gut.

Interview: sda